Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 60 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich F. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 33 — Mittwoch, den 9. Februar 1921 — 49. Jahrgang

In Erwartung der deutschen Antwort.

Die Zeitungen in Paris beschäftigen sich mit der von Deutschland zu erwartenden Antwort auf die Einladung zur Londoner Konferenz. Petit Journal faßt die Möglichkeit ins Auge, daß Deutschland unannehmbare Bedingungen stellt und schreibt, es würde ein ebenso gefährliches Mittel bedeuten wie die Ablehnung. Man könne nicht oft genug wiederholen, daß die Alliierten die deutschen Bedingungen nicht anerkannt haben. Sie seien nur bereit, die deutschen Vertreter über die Modalitäten zusätzlicher Maßnahmen und Auslegungen anzuhören. Sie könnten aber keine Abweichungen vom Vertrage zulassen, ja an Bedingungen geknüpfte Annahme würde als Weigerung betrachtet werden.

Reuter meldet aus Berlin, in dortigen britischen und französischen Kreisen werde die Antwort Deutschlands für befriedigend angesehen. Der Ton der Antwort sei versöhnlicher als ursprünglich erwartet worden sei und dies werde dann ausgelegt, daß Dr. Simons sich in seiner Haltung von bedachtsamen und einsichtsvollen Erwägungen habe leiten lassen.

Französische Drohung.

In einem sichtlich halbamtlich beeinflußten Aufsatz erklärt das Journal des Debats offen, daß man ohne Berücksichtigung der deutschen Proteste und der Bewegung in Deutschland die Londoner Konferenz am 1. März abhalten werde, und zwar zunächst deshalb, weil die orientalische Frage auf dem Programm stehe und dann, weil in Gegenwart der Deutschen gewisse Modalitäten des in Paris angenommenen Planes für die Durchführung der Entschädigungszahlungen geprüft werden sollten. Wenn die Deutschen nicht nach London kommen würden, würde die Konferenz die Strafmaßnahme zu erwägen haben, deren Grundsatz in Paris einstimmig beschlossen worden sei. Diese vollständige Uebereinstimmung unter den Alliierten dauere fort und sie werde die Regierung von Berlin darüber nachdenken lassen, welche Haltung sie einnehmen solle. Sie würde wahrscheinlich zögern, unter dem Einfluß der extremen Parteien in Deutschland die Verantwortung dafür zu übernehmen, von der Londoner Konferenz fortzubleiben. Es scheine übrigens, daß die deutsche Regierung geneigt sei, in der Frage der Abrüstung nachzugeben, um dann in der Frage der Entschädigung besser Widerstand leisten zu können. Sie werde sowohl in der einen, wie in der anderen Frage derselben Entschlossenheit der Alliierten begegnen.

Das bayrische Kabinett für den Regierungsstandpunkt.

(TU) Gestern vormittag 10 Uhr fand der angekündigte Ministerrat statt, der bis gegen Mittag dauerte. Nachmittags werden die Fraktionsführer der Koalitionsparteien zu einer interfraktionellen Besprechung zusammentreten. Der Ministerrat soll sich heute noch einmal versammeln, um Zeit für diese wichtige Beratung zu gewinnen.

Wie verlautet, fand Dr. v. Kahr in der Sitzung des bayrischen Ministerrats für die Durchsetzung des bayrischen Regierungsstandpunktes in der Entwaffnungsfrage die Zustimmung aller Kabinettsmitglieder, doch wurde die Notwendigkeit einer einheitlichen Phalanx gegenüber den Pariser Beschlüssen und der Wunsch nach Beilegung der Meinungsverschiedenheiten zwischen Berlin und München bekannt, die mehr eine Frage der Taktik als des Prinzips sei.

Nordbayern gegen München.

(TU) Die sozialdemokratische Partei Frankens erläßt einen Aufruf an die Bevölkerung Nordbayerns, der sich gegen die Haltung der Regierung Kahr in der Entwaffnungsfrage wendet und erklärt, wenn die Münchener Regierung nicht in letzter Stunde zur Besonnenheit komme, werde die arbeitende Bevölkerung von Nordbayern, sowie der Bevölkerung von Württemberg und Baden das Tischtuch mit München zerschneiden und sich an die Seite der Reichsregierung stellen. Die nordbayrische Bevölkerung halte fest und treu zum Reich und werde sich darin nicht wankend machen lassen.

Auflösung der württembergischen Einwohnerwehr.

Nach einer Meldung der Vossischen Zeitung aus Stuttgart erklärte im württembergischen Landtag der Minister des Innern, daß er sich in der Entwaffnungsfrage in voller Uebereinstimmung mit dem Reichskommissar befinde. Die württembergische Einwohnerwehr werde nach entsprechender Anweisung der Reichsregierung aufgelöst werden.

Minister Sforza über die Pariser Beschlüsse.

Der italienische Außenminister Graf Sforza besprach im Senat die Ergebnisse der Pariser Konferenz. Bezüglich der Entschädigungsfrage erklärte er, um diese zu beurteilen, müsse man zwei Dinge in Betracht ziehen: 1. Die Höhe der Entschädigungen; 2. die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Letztere sei schwer zu überblicken, weil die deutsche Regierung sich nicht die Mühe gebe, diese bekannt zu geben. In Deutschland selbst könne man die Gegensätze zwischen den wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen, unter welchen Deutschland lebe, feststellen. Die wirtschaftliche Lage weise darauf hin, daß der frühere glückliche Zustand Deutschlands wiederkehren könne, während die finanzielle Situation beunruhigende Krisen voraussehen lasse. Die Pariser Konferenz habe diejenige von Genf überflüssig gemacht. Der Bericht der Brüsseler Sachverständigen sei geprüft und ein vollständiger Plan für die Zahlung vorbereitet worden. Während man den gegenwärtigen Zustand Deutschlands nicht verkennen könne, müsse doch auch seine Zukunft in Rechnung gezogen werden, und deshalb wolle die Pariser Konferenz, daß die Zahlungen im Verhältnis zu dem wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands erfolgten. Der Vorschlag von Boulogne habe die Zahlung von 269 Milliarden Goldmark vorgesehen, während das Pariser Projekt nur 226 Milliarden Deutschland auferlege, wozu noch die Ausfuhrtaxe von 12 Prozent komme. Bezüglich dieser Taxe bemerkte Graf Sforza, daß sie keine Steuer auf die Ausfuhr darstelle, weil die italienischen Delegierten eine solche nicht zugestanden hätten, weil sie die Ausfuhr Deutschlands behindere; den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands wolle man aber beschleunigen, nicht verzögern. Es handele sich um die teilweise Abtretung der Auslandskredite, über welche deutsche Exporteure verfügten und die hierfür von ihrer Regierung entschädigt werden müßten. Auf diese Weise hofften die Alliierten einen geeigneten Weg gefunden zu haben, daß Deutschland zu einem mächtigen wirtschaftlichen Faktor für den Weltaufschwung werde. Wenn man in London zu einem Einvernehmen gelange, werde die begonnene Arbeit günstige Ergebnisse haben. Die Konferenz habe die Kosten für die Besatzungstruppen auf 240 Millionen herabgesetzt, und zwar auf Initiative der italienischen Delegation.

Sforza sprach dann über die österreichische Frage und erklärte, daß er der Konferenz vorgeschlagen habe, diese Frage als internationales Problem zu betrachten. Die Konferenz habe den Vorschlag angenommen. Weil damit eine Organisation zugunsten Oesterreichs zustande komme, würden, wie zu hoffen sei, Gruppen von italienischen, englischen, französischen und amerikanischen Bankiers bereit sein, sich an dieser finanziellen Organisation zu beteiligen. Mit der Regierung von Angora müsse ein Abkommen getroffen werden.

Europa wird in dem Ueberfluß der deutschen Produktion ersticken.

Das Blatt von Camille Huysmans „Volksgazet" bespricht in einem offenbar von den sozialistischen Führern inspirierten Artikel die Pariser Beschlüsse. Das Blatt kommt zu dem Schluß, daß Frankreich und Belgien ungeheuerlich zu leiden haben würden, wenn Deutschland vollständig bewaffne, was die Pariser Beschlüsse zur Folge haben müßten. Die belgischen und französischen Arbeiter würden die ersten Opfer der Konkurrenz deutscher Kulis sein. Die belgische und französische Industrie müsse unbedingt bei solcher Konkurrenz zusammenbrechen. Der Ausfuhrzoll von 12½% werde diese Folge nicht beseitigen. Ganz unabhängig von der normalen Zeit werde Deutschland jetzt Waren ausführen müssen, um den von der Pariser Konferenz auferlegten Verpflichtungen nachzukommen, wodurch die Konkurrenz mit Frankreich und Belgien schärfer werden müsse. Die Belgier und Franzosen würden wenig Freude an den Milliarden Goldmark haben, welche aus den deutschen Arbeitern herausgepreßt werden sollten. Sie würden darin ersticken, ebenso wie Amerika und selbst Europa ersticken würden in dem Ueberfluß der Produktion.

Amerikanische Warnungen an Deutschland.

„New York Times" warnen die Deutschen davor, noch einmal den Fehler zu begehen, der schon früher von so schlimmen Folgen für sie war, nämlich Amerika falsch zu beurteilen. Es seien schon wieder bedauerliche Anzeichen dafür vorhanden, daß Deutschland in Bezug auf die Entschädigungsfrage wieder dieselbe Dummheit machen wolle. Es scheine sich wieder durch die Stimmen einer handvoll Deutschamerikaner täuschen zu lassen. Das müsse Unheil zur Folge haben. Kein vernünftiger Amerikaner hege zwar den Wunsch, daß Deutschland zerstückelt und der Sklaverei übergeben werde, aber es müsse bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit den Schaden wieder gut machen, den es angerichtet habe. Davon sei das amerikanische Volk überzeugt und die „New York Times" bezweifle nicht, daß auch Harding ebenso denke. Wenn Deutschland sich über ihn falsche Vorstellungen mache, dann werde es bald ein trauriges Erwachen geben. Andere amerikanische Zeitungen schreiben mit Bezug auf die Rede Lloyd Georges in ähnlichem Sinne.

Große Hindenburg-Kundgebungen in Bremen.

Auf der Werft des Bremer Vulkan in Vegesack fand gestern der Stapellauf des Dampfers „Hindenburg", in Anwesenheit des Generalfeldmarschalls, des Generals Ludendorff und der Angehörigen der Familie Hindenburgs, statt. Bei der Taufe sagte Hindenburg u. a.: Ziehe denn hin über das weite Meer und zeige der Welt, daß Deutschland den Willen hat, mit allen Völkern in Frieden zu leben, solange es unsere Ehre erlaubt und knüpfe ein Band zwischen ihnen und uns, das die Menschheit einander näher bringt und den neidlosen Austausch der Erzeugnisse ihrer Geistesarbeit, ihrer Händearbeit und ihres Fleißes ermögliche. Das ist der treue Wunsch eines alten Soldaten. Nach diesen Worten erfolgte der Stapellauf glatt und ohne Zwischenfall. Die nach Zehntausenden zählende Volksmenge brachte Hindenburg begeisterte Huldigungen dar. Vor dem Stapellauf hatte eine Abstimmung der Arbeiterschaft stattgefunden, bei der sich die 300 Angestellten einstimmig, die Arbeiterschaft mit 30 Stimmen Mehrheit für den Namen „Hindenburg" entschieden.

(TU) Der Besuch des Ehrenbürgers der Stadt Bremen, des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, hat sich zu einer großen nationalen Kundgebung gestaltet. Die Stadt ist mit schwarz-weiß-roten Fahnen geflaggt. Eine dichtgedrängte Menschenmenge umlagert das Portal des Hotels „Heilmann", um immer wieder den greisen Feldmarschall zum Erscheinen am Fenster zu veranlassen. Der Generalfeldmarschall wurde mit Blumen überschüttet. — Zur Stapellauffeier des Dampfers „Hindenburg" der Firma Stinnes auf der Vulkanwerft in Vegesack traf aus Hannover Generalfeldmarschall v. Hindenburg mit seinem Sohne, Hauptmann von Hindenburg, und seinem Schwiegersohn ein. Sie wurden auf das herzlichste begrüßt. Für heute vormittag ist eine Rundfahrt durch Bremen geplant. Darauf wird Hindenburg an der Mittagstafel des Senats im Rathause teilnehmen. General Ludendorff weilt seit einigen Tagen zu Besuch in Hamburg. Vorgestern abend nahm er an einem vom nationalen Klub von 1919 veranstalteten Essen im Hotel „Atlantic" teil. Darauf reiste er nach Vegesack, um beim Stapellauf des Stinnesdampfers „Hindenburg" zugegen zu sein.

Eine Unterredung mit Hindenburg.

(TU) Die „Bremer Stadtzeitung" veröffentlicht eine Unterredung mit dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg: Mit sichtlichem Interesse äußerte sich Hindenburg über den politischen Umschwung in Bremen. Ja, warf er ein, einig müssen wir uns sein; unser Unglück ist unsere Eigenbrödelei. Auf das Gebiet der hohen Politik kommend, betonte Hindenburg, daß die militärischen Führer Frankreichs die Angst vor Deutschland nicht los werden könnten. Dafür sei vor allem wohl die abnehmende Bevölkerungsziffer Frankreichs der Grund. Das Verlangen der Franzosen nach dem Ruhrgebiet hält Hindenburg für eine durchaus ernst zu nehmende Gefahr. Dadurch aber dürfe sich die Regierung nicht einschüchtern lassen. Nach seiner Kenntnis habe sich bei den Amerikanern bereits ein Umschwung in der Stimmung vollzogen. Der Abstimmung in Oberschlesien sieht Hindenburg mit Vertrauen entgegen. Die Vorgänge in Oberschlesien müßten abschreckend gegenüber Polen wirken. Dazu komme der Valutaverlust bei einem Uebergang an Polen und nicht zuletzt die Aussicht für die Oberschlesier, gegebenenfalls in das polnische Heer zum Kampfe gegen Rußland eingestellt zu werden. Der Bolschewismus in Ostpreußen flaue sichtlich ab. In den Städten wolle man von den Kommunisten nichts mehr wissen, wie ihm Herr v. Batocki vor einiger Zeit geschrieben habe.

Ein neuer Erfolg der deutschen Technik im Auslande.

Bei dem vom Hafenamt Aalborg (Dänemark) ausgeschriebenen internationalen Wettbewerb für eine neue Straßenbrücke über den Limfjord waren aus allen Kulturstaaten 42 Entwürfe eingereicht worden. Die Entscheidung des Preisgerichts ist nunmehr gefallen. Je einen ersten Preis erhielten die Maschinenbaufabrik Augsburg-Nürnberg in Verbindung mit einer Kopenhagener Tiefbaufirma und die Gutehoffnungshütte in Oberhausen, ebenfalls in Verbindung mit einer Kopenhagener Tiefbaufirma und Prof. Wach-Düsseldorf. — Sechs weitere Entwürfe wurden angekauft und zwar als einzige rein deutsche Arbeit der Entwurf von Harfort A. [illegible]-Duisburg, Tiefbaubetonfirma Heinr. Butzer-Dortmund, [illegible]. Kreis-Düsseldorf und Prof. Dr. ing. Möller-Braunschweig. — Die Baukosten der Brücke werden auf 8 Millionen dänische Kronen veranschlagt.

Deutschlands Dank an Amerika

(TU) Aus Anlaß der Ankunft des ersten Transports amerikanischer Milchkühe hat der Ernährungsminister Dr. Hermes den amerikanischen Spendern nachfolgendes Kabeltelegramm übermittelt: Glückliche Ankunft des ersten Transports Milchkühe gibt mir Veranlassung, allen Spendern für die tatkräftige Unterstützung bei Lösung schwierigen Problems tiefempfundenen Dank auszusprechen. Erneut erwiesene amerikanische Opferfreudigkeit für das durch Hungerblockade erschöpfte deutsche Volk wird in weiten deutschen Kreisen aufrichtiges Gefühl der Dankbarkeit auslösen. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft: (gez.) Dr. Hermes.

Die evangelische Kirche vor dem polnischen Reichstag.

(TU) Der dem Verfassungsausschuß des polnischen Reichstags vorliegende Gesetzentwurf über das künftige Verhältnis zwischen dem polnischen Staate und den evangelischen Kirchen in Polen entzieht diesen jede öffentliche Grundlage, indem er die Gemeindegesetze über das Verhältnis zwischen Staat und evangelischer Kirche und die bestehenden Verbindungen zwischen den einzelnen Gemeinden aufhebt. — Er stellt die einzelnen Kirchengemeinden lediglich unter Vereinsrecht; freiwillige Verbände mit einander sind nur gültig, wenn ihre Eintragung in ein staatliches Verzeichnis genehmigt wird. Diese Genehmigung kann aber versagt werden. — Eine geregelte gegenseitige Hilfe der vereinzelten Kirchengemeinden wird unmöglich gemacht, denn nicht eingetragene Kirchenverbände sind verboten. Ihre etwaigen Leiter werden als wenn sie Geheimbündler wären, mit Gefängnis bis zu einem Jahr und Geldstrafe bis zu 100 000 Mark polnischer Währung belegt. — Wenn der Staat eingetragenen Kirchenverbänden aus freier Entschließung gewisse Rechte und Unterstützungen gewährt, müssen die Kirchen sich weitgehende Einflußnahme des Staates auf ihre inneren Angelegenheiten gefallen lassen. — Jede geregelte Hilfe von seiten nichtpolnischer Kirchen wird durch das unbedingte Verbot eines Zusammenhanges mit ausländischen kirchlichen Organisationen unmöglich gemacht. — Sehr viele von den 382 durch diesen Gesetzentwurf betroffenen Gemeinden der preußischen Landeskirche sind arme Diaspora-Gemeinden, die nur durch die Unterstützung eines großen Kirchenkörpers lebensfähig sind; durch ihre Vereinzelung würden sie zu Grunde gerichtet werden und damit würde für ihre Glieder auch jede Möglichkeit der öffentlichen Religionsübung aufhören, die ihnen Artikel 2 des zwischen Polen und den Ententemächten auf Grund von Artikel 93 des Versailler Friedens abgeschlossenen Vertrages gewährleistet. Das Inkrafttreten des geplanten Gesetzes würde also einen Bruch dieses völkerrechtlichen Vertrages bedeuten.

Tagesereignisse.

— **(12 Landeswahlvorschläge.)** Der preußische Staatsanzeiger (Reichsanzeiger) veröffentlicht die für die am 20. Februar stattfindenden Wahlen zum preußischen Landtag zugelassenen Landes-Wahlvorschläge. Gegenüber der letzten Reichstagswahl, in der 17 Reichswahlvorschläge zugelassen waren, treten diesmal „nur" 12 „Parteien" selbständig auf, was aber in der Hauptsache durch den Wegfall bayrischer Parteien erklärt wird.

— **(Eine Rede des Wehrministers in Tilsit.)** Reichswehrminister Dr. Geßler sprach am Montag in Tilsit und sagte u. a.: Alle meine Bemühungen sind darauf gerichtet, unter allen Umständen Ostpreußen in Verbindung mit der großen deutschen Einheit zu erhalten. Ostpreußen muß vor allem das Schicksal eines neuen Einfalles erspart bleiben. Wir wissen, daß Polen an der Grenze Truppen zusammenzieht. Wir erwarten vom Völkerbund, daß er die uns gemachten Vorschläge wahr macht. Ich sage aber ganz offen, daß, wenn wider Erwarten sich diese Hoffnung nicht erfüllen sollte, wir alles daransetzen würden, um den deutschen Boden in Ostpreußen und sonst an der Grenze mit allen Mitteln zu verteidigen.

— **(Die Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer.)** Zur 2. Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums beantragt die Deutschnationale Volkspartei des Reichstags, die Reichsregierung zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Kapitalbeteiligung der Angestellten und Arbeiter in den dazu geeigneten Unternehmungen gewährleistet, die Grundlagen für eine weitgehende Einführung der Gewinnbeteiligung schafft und den Angestellten und Arbeitern die Ausübung dieser Rechte durch Organisationen, die sich diesem Zwecke anpassen, ermöglicht.

— **Das vormalige deutsche Schlachtschiff „Baden"** ist zwischen Mainland und der Insel Wigni im Verlaufe von Versuchen mit Lufttorpedos und kurztragenden Geschützen versenkt worden. Diese Versuche wurden angestellt, um die Konstruktion der deutschen Schlachtschiffe und den Wert von Schlachtschiffen, bezüglich deren zahlreiche Meinungsverschiedenheiten herrschten, auf die Probe zu stellen. Die „Baden" wird zum Zwecke weiterer Versuche wieder gehoben werden.

— **(Meuterei in Kronstadt.)** Ende Januar meuterte ein großer Teil der Matrosen in Kronstadt. Nach russischen Blättermeldungen wurde der ganze Hafen von den Meuterern besetzt und der Oberkommissar der Flotte verhaftet. Zur Unterdrückung des Aufstandes wurden Truppen aus Moskau abgesandt, die in schwere Kämpfe mit den Rebellen verwickelt wurden. Da die meuternden Matrosen auch nach Petersburg kamen, wurde der Belagerungszustand über die Stadt verhängt.

— **Riesige Heringsfänge in der Nordsee.** In Hamburg, Altona und Kuxhaven wurden ¼ Millionen Pfund Heringe eingeliefert. Auch von der Ostsee werden starke Heringsschwärme gemeldet.

Westfalen und Rheinland.

Hamm, 9. Febr. **(Verschiedenes.)** Für **Nichtraucher- und Raucher- sowie Frauenabteile** in den Zügen treten mit dem Sommerfahrplan nach einer Verfügung des Reichsverkehrsministers neue Vorschriften in Kraft. Für Nichtraucher ist in den Personenzügen die Hälfte der Wagen oder Abteilungen 1., 2. und 3. Klasse, ein Drittel der Wagen oder Abteilungen 4. Klasse ohne Einrechnung der Frauenabteile zu bestimmen und innen wie außen zu bezeichnen. In Triebwagen ist das Rauchen verboten, in ihren Anhängewagen gestattet. Führt ein Zug nur ein Abteil 1., 2., 3. oder 4. Klasse, so ist darin ein Aushang anzubringen, wonach im Abteil nur unter Zustimmung aller Mitreisenden geraucht werden darf. Nichtraucherabteile dürfen innerhalb der vorgeschriebenen Zahl nicht zu Raucherabteilen umgewandelt werden, auch wenn die Raucherabteile nicht ausreichen. Als Frauenabteil ist in jedem Zuge je ein Abteil 2., 3. und 4. Klasse zu bestimmen, wenn der Zug wenigstens 7 Abteile der Klasse führt. Keine Frauenabteile geführt werden in der 1. Klasse in Zügen ohne Wagen mit geschlossenen Abteilen, in solchen, die von Haupt- auf Nebenbahnen und umgekehrt übergehen, in Trieb- und ihren Anhängewagen, sowie im Nahverkehr, in Vorortzügen und auf Nebenbahnen. Ausnahmen bei Frauenabteilen sind zulässig für Schnell- und Eilzüge unter 150 Kilometer, für Personenzüge unter 100 Kilometer, für Frauen- und Nichtraucher für Züge im Vorort- und Nebenbahnverkehr.

Die Schuldeputation wird demnächst neu zusammengesetzt, und zwar wird sie aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung, Vertretern der Lehrerschaft und der Geistlichkeit und aus Erziehungsberechtigten bestehen. Die letzteren werden von der Stadtverordneten-Versammlung gewählt, die Elternbeiräte als die gewählten Vertreter der Erziehungsberechtigten traten am Montag abend bei Dröge zusammen, um zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen. Nach kurzer Aussprache wurde beschlossen, folgende Erziehungsberechtigte der Stadtverordneten-Versammlung in Vorschlag zu bringen: von der Josefsschule die Herren Schroelkamp und Uhrmeister, von der Wilhelmschule die Herren Sanitätsrat Dr. Lutter und Gärtner und von der Auguste Viktoria-Schule Frau Charlotte Mertin und Herr Luley.

Die ständige Tarifkommission beim Reichsverkehrsministerium hat eine Vorlage beschlossen, die eine **Erhöhung der Gütertarife um 60 bis 90%** vorsieht. Für Rohstoffe und Massengüter wird eine Erhöhung um 60%, für Stückgüter und Fertigfabrikate um 90% vorgesehen. Man rechnet mit einer Mehreinnahme von 9 Milliarden Mark nach diesen Tarifsätzen.

Der Reichsarbeitsminister erklärte sich nach dem Vernehmen verschiedener Blätter für die **baldige Aufhebung der** die **Freizügigkeit** einschränkenden Bestimmungen der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen. Da auf Befragen der Landesregierungen die Spitzenverbände der Arbeiter der Auffassung des Ministers beitraten, steht die Wiederkehr der Freizügigkeit des Arbeitnehmers bevor.

(Die Friedenskohlenförderung wieder erreicht!) Gegenwärtig hat die Kohlenförderung im Ruhrrevier einen erfreulichen Aufschwung erfahren. Vielfach ist bereits die Friedensförderung wieder erreicht worden, wobei allerdings nicht außer acht gelassen werden darf, daß jetzt im Ruhrrevier fast 100 000 Bergleute mehr beschäftigt sind als vor dem Kriege. Wenn auch die Förderung im Jahre 1920 noch um etwa 23 Prozent hinter der Förderung des Jahres 1913 zurückgeblieben ist, so war der Förderrückgang im letzten Vierteljahr 1920 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres doch bereits auf etwa 10 Prozent zurückgegangen, und gegenwärtig wären die vor dem Kriege erzielten Förderungen vielleicht schon ziemlich allgemein wieder erreicht, wenn nicht die großen Verkehrsschwierigkeiten in der letzten Zeit einen beträchtlichen Förderausfall infolge von Feierschichten wegen ungureichenden Abtransportes der geförderten Kohlen zur Folge gehabt hätten. Man darf allerdings nach der Besserung des Rheinwasserstandes, wodurch die Versandmöglichkeiten auf den Wasserstraßen wieder stark zugenommen haben, auf eine allgemeine Besserung der Verkehrsverhältnisse und flotteren Abtransport hoffen. Das ist aber auch sehr notwendig, denn die Lagerbestände auf den Zechen des Ruhrbezirks, die Ende Oktober kaum 80 000 Tonnen betrugen, haben inzwischen eine Million Tonnen überstiegen.

(Mißbräuchliche Benutzung von Arbeiterwohnungen.) Von einer Handelskammer wurde Klage darüber geführt, daß Arbeiterwohnungen besitzende Industriebetriebe insofern häufig in eine mißliche Lage geraten, als die Arbeiter zum Schein in dem Betrieb Arbeit nehmen und sich eine Wohnung zuweisen lassen, dann aber nach kurzer Zeit die Arbeitsverträge kündigen, ohne daß es möglich wäre, sie aus den Wohnungen zu entfernen. Das Wohlfahrtsministerium erklärte auf Vorstellung, daß es die Berechtigung der Klagen anerkenne, aber hoffe, durch das jüngst beschlossene Gesetz über Maßnahmen gegen die Wohnungsnot Abhilfe schaffen zu können. Einweisungen in Werkswohnungen dürfen nur für die Dauer der Beschäftigung des Bewohners in dem Betriebe erfolgen.

(Notschrei preußischer Forstgehilfen.) Die preußische Zentralforstverwaltung hat im Oktober 1920 die Besoldung der staatlichen Forstgehilfen neu geregelt. Diese Beamten erhalten nach zweijähriger Ausbildungszeit und abgelegter Prüfung auf die Dauer von 9 Jahren Tagegelder von 10 Mark, steigend jährlich um 50 Pfennig bis zum Höchstsatz von 14 Mark. Hierzu tritt der jeweilige Ausgleichszuschlag. Ortszuschlag wird nicht gewährt. Nach Ablauf der als Vorbereitungszeit rechnenden 9 Jahre, also erst 11 Jahre nach Eintritt in die staatliche Försterlaufbahn, erfolgt die Ernennung zum Diätar, die Anstellungsverhältnisse sind derart ungünstig, daß mit der Uebertragung einer Förderstelle frühestens zwischen dem 48. und 50. Lebensjahre zu rechnen ist. Nach Vorstehendem noch auf die große wirtschaftliche Verelendung der preußischen Forstgehilfen besonders hinzuweisen, dürfte sich erübrigen. Mit Nachdruck muß aber darauf aufmerksam gemacht werden, daß durch diese absolut ungenügende Bezahlung der Wald als wertvolles Volksvermögen ohne Not der Gefahr der übelsten Korruption ausgesetzt wird.

Körbecke, 8. Febr. Die Leiche des Geschäftsführers Zacharias aus Hörde ist in der Möhnetalsperre aufgefunden und am Sonntag beigesetzt worden. Vor etwa 10 Tagen lag bekanntlich an der Sperrmauer ein Stehkragen, auf welchem J. Mitteilung von der Tat gemacht hatte.

Opherdicke, 8. Febr. **Mit einem blauen Auge** kam der Fuhrmann Heinrich Lübke aus Opherdicke davon. Der 1881 in Werl geborene Mann traf im Sommer 1918 am Bahnhof in Wickede mit zwei Leuten zusammen, die einen angeblich aus Belgien mitgebrachten Treibriemen zu verkaufen wünschten. Er ließ sich herbei, die Leute im Ort herumzuführen, um einen Käufer für den Treibriemen ausfindig zu machen, und es gelang ihm, einen solchen in der Person des Gutsbesitzers Wrede zu finden. Dieser zahlte 650 Mark, erfuhr aber bald darauf, daß der Riemen gestohlen war. Lübke erhielt für seine Bemühungen 30 Mark sowie ein Stück Riemen, dann aber eine Anklage wegen Diebstahls bezw. Begünstigung. Er hatte Glück, daß die Strafkammer ihm glaubte, keine Ahnung von dem unredlichen Erwerb des Riemens gehabt zu haben. Das Strafverfahren gegen ihn endete mit seiner Freisprechung.

(f) **Schwerte**, 8. Febr. **(Ueberfall im Gefängnis.)** Auf den Gerichtsdiener Lange wurde, wie die „Schw. Ztg." meldet, am Samstag im hiesigen Gerichtsgefängnis, welches gegenwärtig eine Anzahl von auswärtigen Gerichten überwiesene „schwere Jungen" beherbergt, ein Ueberfall ausgeführt. Als L. am Samstag nachmittag das Reinigen der Zellen beaufsichtigte, fielen plötzlich vier Verbrecher über den Beamten her, entrissen ihm nach längerem Kampfe seine Waffen und die Schlüssel, würgten ihn solange, bis er die Besinnung verlor und schlossen ihn dann in eine Zelle ein. Darauf suchten die vier Mann das Weite und sind auch bis jetzt noch verschwunden. L. wurde erst nach längerer Zeit von seinen Angehörigen, die über sein Ausbleiben besorgt waren, besinnungslos in der Zelle aufgefunden.

(s) **Schwerte**, 8. Febr. **(Der elektrische Strom im Kuhstall.)** Dem Landwirt Kockelke von der Schwerterheide wurde eine Kuh im Stall durch elektrischen Strom getötet. Durch schnelles Hinzurufen eines Fachmannes wurde durch Abschalten und Abreißen der schadhaften Leitung Schlimmeres verhütet, da sämtlichen anderen Tiere infolge Elektrisierung wie rasend an den Ketten rissen und jämmerlich brüllten. Der elektrische Strom wurde durch die eisernen Träger und Säulen den Tieren übermittelt. — Zu diesem sich mehrfach ereigneten gefährlichen Vorkommnis wird der „Schw. Ztg." geschrieben: Es ist leider Tatsache, daß die Ausführung der elektrischen Anlagen häufig Leuten übertragen wird, denen jede gründliche Kenntnis und Erfahrung dafür mangelt. Da die Elektrizitätswerke in ihren Stromlieferungsbedingungen jeglichen Schadenersatz ablehnen, so sollte man derartigen Pfuschern unnachsichtlich wegen des angerichteten Schadens zu Leibe gehen.

** **Dortmund**, 8. Februar. **(Verschiedenes.)** Der hier abgehaltene Gautag Westfalen des **Reichsverbandes deutscher Feinkost-Kaufleute** beschloß nach einer ausführlichen Aussprache über die Beschlüsse des Entwurfes der Sozialisierungskommission die Gründung des Gaues: Rhein.-Westf. Industriegebiet (unbesetztes Rheinland und Westfalen) mit dem Vorort Dortmund. Zum 1. Vorsitzenden wurde Marx-Dortmund, zum 2. Weiler-Essen gewählt. Zum Schluß beschäftigte sich die Versammlung noch mit den einschränkenden Maßnahmen örtlicher Behörden gegenüber der freien Fleischbewirtschaftung. — **Festgenommen** wurde der Schlosser Theodor Wendler, weil er beschuldigt wird, im März v. Js. auf der Landstraße zwischen Rheine und Lingen in Gemeinschaft mit zwei anderen unbekannten Personen einen Raubüberfall ausgeführt zu haben. Weiter wurde der Metzger August Rendelsmann verhaftet. Dieser hat mit einem Komplizen Anfang Dezember v. Js. in Gras bei Ahaus einen Raubüberfall ausgeführt. Rendelsmann sowie seine Komplizen hatten sich zu diesem Zweck schwarze Masken besorgt. Er hat bereits ein umfassendes Geständnis abgelegt. Seine Komplizen sind bis jetzt noch nicht gefaßt.

** **Bochum**, 8. Febr. **(Schlafkrankheit.)** Nachdem vor einiger Zeit ein Kriegsteilnehmer an der Schlafkrankheit gestorben ist, ist jetzt hier ein neuer Fall von Schlafkrankheit festgestellt worden.

(g) **Selm**, 8. Febr. **(Gegen das Räuberunwesen.)** Einen zeitgemäßen Beschluß zur Bekämpfung des Räuberunwesens faßte laut „Lüdingh. Ztg." die Gemeindevertretung von Selm: „Jeder, der einen maskierten oder mit Schußwaffen versehenen Räuber oder Einbrecher oder Räuber auf frischer Tat ertappt, festnimmt oder so namhaft macht, daß seine Bestrafung erfolgen kann, erhält für jede Tat eine Belohnung von 2000 Mark."

(g) **Lippstadt**, 8. Febr. **Ein frecher Raubüberfall** ist an einem der letzten Abende hier verübt worden. Vier bis fünf maskierte und bewaffnete Banditen drangen in das Haus des Landwirts Butterweck ein, der heftigen Widerstand leistete. Als die Knechte die Nachbarn alarmierten, nahmen die Banditen schleunigst Reißaus. Beim Verlassen des Hauses gab einer der Räuber einen Schuß auf Butterweck ab, der, in der rechten Hüfte verletzt, in das Krankenhaus nach Lippstadt transportiert werden mußte. Ein Knecht sandte den Banditen mit einem Jagdgewehr einen Schuß nach, ohne jedoch zu treffen.

** **Essen**, 7. Febr. **Eine Ammoniakschiebung** großen Stils beschäftigte die Essener Strafkammer in zweitägiger Verhandlung. Angeklagt sind der Zugabfertiger Plümer, der Mineralwasserfabrikant Thuner, der Händler Wilhelm Vollweg, sämtlich aus Wanne und der Händler und Landwirt Friedrich Heine aus Horsthöfe bei Stadtlohagen. Der Angeklagte Plümer war auf dem sog. Westberg des Bahnhofs Wanne beschäftigt. Dort liefen alle Züge aus dem Westen ein u. die für den Osten bestimmten Züge wurden dort zusammengestellt. Wo immer der Angeklagte einen Frachtbrief auf Ammoniak lautend in die Hände bekam, vernichtete er ihn, schob einen gefälschten unter und überdeckte den Klebezettel an dem Ammoniakwaggon, der dann an seine neue Adresse im Zuge abrollte. Der Angeklagte Vollweg war ihm bei diesen Machenschaften behülflich. Die Waggons mit Ammoniak wurden durchweg von den Zechen des Ruhrreviers gestellt und waren an Genossenschaften, chemische Werke und anderen Firmen bestimmt. Zum Teil waren die Adressen der Empfänger fingiert. Manchmal fuhr der Angeklagte Plümer allein oder mit einem anderen Angeklagten zu dem Bestimmungsort und sorgte für die Freigabe des Waggons, zum Teil mit falschem Ausweis. Mit dem verschobenen Ammoniak wurde namentlich in den westfälischen Bezirken lebhafter Handel durch Weiterverkauf an die Landwirte getrieben. Erhebliche Mengen bezog auch der Angeklagte Heine. Nicht weniger als 8 verschobene Waggons mit Ammoniak konnten den Angeklagten nachgewiesen werden. Die Strafkammer verurteilte Plümer und Vollweg zu je 2 Jahren Gefängnis, Thuner und Heine zu je 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis.

„—" **Essen**, 8. Febr. **(Ein Revolverheld.)** In den späten Abendstunden des Samstags verwundete in der Rellinghauserstraße der 22 Jahre alte Straßenbahnschaffner Kurt Busse durch zwei Revolverschüsse zuerst die etwa 17 Jahre alte Schneiderstochter Jahnke aus der Kaiserstraße und schoß dann nach Betreten des von ihm bewohnten Hauses seine gleichfalls dort wohnende Braut Brexel durch einen dritten Schuß in den Arm. Mit dem vierten Schuß brachte sich der Täter eine schwere Verletzung am Kopfe bei, so daß er in das Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

„—" **Wesel**, 8. Febr. **Ein Massengrab** wurde bei den Sprengungen auf der Zitadelle jenseit des Feldtores aufgedeckt, in dem sich die Skelette von etwa 50 meist jungen Leuten befanden, die hier ohne Särge dicht beieinander bestattet worden waren. Da man keinerlei Reste von Bekleidungen fand, scheinen die Leichen nackt der Erde übergeben worden zu sein. Man fand Spuren von Sackleinewand und Kalk, was darauf hindeutet, daß die Leichen ohne Förmlichkeiten bestattet worden sind. Wie man annimmt, handelt es sich um Opfer einer Seuche. Im Jahre 1889 wurde nämlich gleichfalls ein Massengrab freigelegt, in dem 300 Skelette ungeordnet über- und nebeneinander lagen. Die oberste Schicht war noch gut erhalten und bestand aus den Ueberresten von Leichen, die während der Belagerung von 1813/14 einer Seuche zum Opfer gefallen waren. Das Alter des neuentdeckten Grabes auf der Zitadelle läßt sich nicht mehr bestimmen. Wahrscheinlicherweise stammt es auch aus dieser Belagerungszeit.

** **Köln**, 8. Febr. **Zum Streik im Kölner Gastwirtsgewerbe** wird vom Arbeitgeberverband mitgeteilt, daß dieser den Streik als mehr lungen betrachtet. Von den Hotels und großen Restaurants hat sich trotz des Karnevals nur ein einziges den Forderungen der Gewerkschaften unterworfen. Von den großen Kaffees hat nur das Kaffee Bauer, und auch dies nur vorübergehend, die Forderungen bewilligt. Im Laufe des Sonntags ist auch dieses Unternehmen zur Stillegung seines Betriebes geschritten.

„—" **Aachen**, 8. Febr. **(Ein Aufruf der bürgerlichen Parteien.)** Die Deutsche demokratische Partei, die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und das Zentrum erlassen folgenden Aufruf: Die Parteien rufen die Bevölkerung Aachens angesichts der schweren Zeit und der Vaterland aufs tiefste erschütternden Beschlüsse von Paris von allen geräuschvollen Veranstaltungen und Belustigungen abzusehen.

Der Australier.

Roman von Hedwig Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

46. Fortsetzung.

Dagmar hatte wie gebannt zugehört. Ihre Augen sahen groß und unverwandt in sein Gesicht.

Dagmar war ergriffen von Ralfs Geständnis. Dieser Mann bot ihr seine Liebe wie ein fürstliches Geschenk an, und sie konnte sie nicht erwidern, weil ein Eisyloser ihre arme Seele noch in seinem Banne hielt.

Sie warf plötzlich, fassungslos erschüttert, die Arme auf den Tisch und barg ihr Gesicht hinein. Ein schweres Schluchzen erschütterte ihren Körper.

Erschrocken sprang Ralf auf und sah hilflos auf sie herab. Seine ganze kraftvolle Männlichkeit war aufgelöst in ein angstvolles Zagen um die Frau, die er mit allen Fasern seines Seins liebte.

„Komtesse, teuerste Komtesse, was ist Ihnen? Warum weinen Sie?" fragte er ratlos.

Sie schluckte krampfhaft die Tränen hinunter und erhob ihr Gesicht. Haltlos faßte sie seine Hand und preßte ihr Antlitz darauf.

„Ich weine, weil ich Sie nicht lieben kann, wie Sie es verdienen; ich weine, weil ich meine Seele nicht von dem andern lösen kann, der mich bis in den Staub gedemütigt hat. So glücklich könnte ich sein, wenn ich Ihre Liebe erwidern könnte, eine solche Liebe, deren Größe und Tiefe mein Herz erzittern läßt", stieß sie mit herzzerreißendem Ausdruck hervor.

Er richtete sie, bis ins Innerste erschüttert, sanft und liebevoll auf.

„Weinen Sie nicht, ich beschwöre Sie, beruhigen Sie sich, sonst muß ich mir bittere Vorwürfe machen, Sie erschreckt zu haben."

Sie bezwang sich mit aller Kraft und sah zu ihm auf.

„Was gäbe ich darum, könnte ich Sie lieben und glücklich machen", sagte sie leise.

Er küßte wie in Andacht ihre Hände.

„Dies Glück wäre vielleicht zu groß für einen Menschen, Komtesse. Aber sehr glücklich könnten Sie mich trotzdem machen, wenn Sie meine Frau werden wollten. Sie würden mir damit Ruhe und Frieden schenken, denn, wenn ich Sie allein draußen im Lebenskampf weiß, dann ist es mit meiner Ruhe für immer zu Ende."

Sie trocknete ihre Tränen und sah traurig zu ihm auf.

„Ich kann doch Ihre Werbung nicht annehmen. Sie würden mir alles, alles geben, und ich stünde mit leeren Händen vor Ihnen."

Wieder küßte er mit Inbrunst ihre Hände.

„Mit leeren Händen? O nein, Komtesse Dagmar. Sie würden mich trotz allem reich machen. Ich wüßte dann doch erst, wozu ich all meine Schätze gesammelt habe, weil ich Ihnen damit Freude bereiten könnte. Mein schlichtes Mutterle und ich, wir wissen ja gar nicht, was wir mit dem Reichtum anfangen sollen. All mein Besitz würde erst recht lebendig unter Ihren Händen. Ich weiß, ich bin ein ungeschickter Bursche und begehe manchen Fehler. Die würden Sie mir alle abgewöhnen. Sie verstehen es so gut, mich in gütiger Weise darauf aufmerksam zu machen. Ich brauche nur nach Ihren Augen zu sehen, dann weiß ich, dies sollst du tun und jenes lassen. Und mit der Zeit würde ich werden, wie Sie mich haben wollen. Zu meinem Mutterle würden Sie gut sein und ihr eine geliebte Tochter werden. Sie sind stolz, aber nicht hochmütig, Ihr Stolz ist von edler Art, ich liebe ihn, wie alles, was zu Ihnen gehört. Und dann denken Sie an Fräulein Lotte, die Schönau nicht zu verlassen brauchte, die in altgewohnten Verhältnissen und in Ihrer Nähe bleiben könnte. Auch Ihre Frau Mutter wäre aus aller Not. Alles würde sich spielend leicht zum Guten lenken lassen, wenn Sie sich nur entschließen könnten, meine Frau zu werden. Nichts will ich von Ihnen fordern, was Sie mir nicht freiwillig geben werden. Nur Ihnen mit all meiner Liebe dienen zu dürfen, soll mein Bestreben sein. Meine Liebe wird mich befähigen, Ihnen immer das zarteste Verständnis entgegenzubringen. Sagen Sie nicht nein. Erlösen Sie mich von meiner Angst und Sorge um Sie. Glauben Sie mir, kein Mensch kann Sie treuer und selbstloser lieben, als ich es tue."

Wieder faßte sie seine Hand.

„Davon bin ich überzeugt! Könnte ich Ihnen nur sagen, wie mich Ihre Worte rühren und erschüttern. Nicht meinetwegen bedenke ich mich, Ihre Hand anzunehmen. Jede Frau kann sich glücklich schätzen, von einem solchen Mann geliebt zu werden, wie Sie sind. Aber alles, alles müßte ich annehmen und könnte Ihnen nichts dafür bieten, als meine Dankbarkeit. Wie soll ich damit vor Ihnen bestehen? Und wie vor Ihrer Frau Mutter! Was würde sie von mir denken, wollte ich Ihre Hand annehmen?"

Seine Augen sahen flehend in die ihren.

„Meine Mutter weiß, daß ich Sie liebe, Komtesse Dagmar. Sie weiß auch, daß Sie einen anderen lieben, der Sie verraten hat. Trotzdem würde sie Ihnen danken, Sie segnen, wenn Sie meine Frau werden wollten, denn sie weiß, daß ich nie eine andere Frau heimführen werde, als Sie, und daß ich unglücklich sein werde, wenn ich Sie schutzlos draußen in der Welt weiß."

Sie strich sich über die Augen.

„Sind Sie so sicher, daß Ihre Frau Mutter mir ihren Segen geben würde?"

Er lächelte zuversichtlich.

„Ganz sicher."

Dagmar erhob sich plötzlich. Aus ihren Augen leuchtete ein Entschluß.

„Lieber Herr Jansen — ich will zu Ihrer Frau Mutter gehen und mir bei ihr Rat holen. Sie soll entscheiden, ob ich die Werbung Ihres Sohnes annehmen soll oder nicht. Sie hat ein so klares, gütiges Wesen, ich verehre sie und habe Vertrauen zu ihr — viel mehr, als zu meiner eignen Mutter. Ich will jetzt sogleich zu ihr hinüberfahren, noch ehe Sie in irgend einer Weise einen Einfluß auf sie ausüben können. Ich will ihr mein ganzes Herz erschließen mit allem, was darin ist. Und dann will ich tun, was sie für gut und recht hält. Sind Sie damit einverstanden?"

Er preßte seine Lippen auf ihre Hand und sah sie mit leuchtenden Augen an.

„Ich bin einverstanden — und ich weiß, daß ich Sie dann heute noch meine Braut nennen darf."

Hand in Hand standen die beiden schönen stolzen Menschen und sahen sich ernst an. Dann nahm Dagmar den Brief vom Tisch, gab ihn bittend die Hand danach aus.

„Diesen Brief schicken Sie nicht fort."

Sie schüttelte den Kopf.

„Nein, noch nicht. Ich tue es nur, wenn die Entscheidung so fällt, daß ich Schönau verlassen muß."

„Gegen Sie mir den Brief solange in Verwahrung", bat er.

Sie reichte ihm das Schreiben, und er steckte es zu sich.

„Soll ich das Auto für Sie vorfahren lassen? Sie finden meine Mutter bestimmt zu Hause."

Sie neigte das Haupt.

„Ja, Herr Jansen, ich bitte darum. Und wenn Sie nachher meine Mutter und meine Schwester begrüßen, dann sagen Sie ihnen bitte, daß ich nach Berndorf zu Ihrer Frau Mutter gefahren bin, um etwas mit ihr zu besprechen. Aber bitte, verraten Sie nichts von dem, was wir jetzt besprochen haben."

„Es soll alles nach Ihren Wünschen geschehen."

Er ging hinaus, um das Auto zu bestellen. Dagmar nahm inzwischen Hut und Handschuhe. Ralf begleitete sie zum Wagen und half ihr einsteigen. Sie reichte ihm mit festem, warmem Druck die Hand.

„Auf Wiedersehen, Komtesse. Bitte erwarten Sie mich in Berndorf. In einer Stunde folge ich Ihnen."

Mit feuchtschimmernden Augen sah sie ihn an.

„Lieber — lieber Freund", sagte sie leise.

Seine Augen sahen in unverhüllter Liebe in die ihren.

„Der treueste Freund, den Sie wünschen können", erwiderte er.

Der Wagen fuhr davon.

(Fortsetzung folgt.)

Wehe über uns, wenn wir die Zeichen der Zeit nicht verstehen, und wenn wir es nicht vermögen, Verzicht zu leisten. Schließen wir die Reihen in vaterländischer Sorge und Hingebung an unser Volk, und zeigen wir in diesen Tagen der Trauer, daß in unserm Herzen und Sinn kein Platz ist für ausgelassene Vergnügungen." Die Sozialdemokratische Partei hat sich diesem Aufruf nicht angeschlossen.

Sozialisten gegen die Sozialisierung.

In den letzten Tagen haben Veröffentlichungen bekannter Mitglieder der mehrheitssozialistischen Partei sowie die Auslassungen der sozialistischen Rundschau „Der Firn" in der Oeffentlichkeit berechtigtes Aufsehen erregt, weil sie ein durchaus abfälliges Urteil der Sozialisierung des Kohlenbergbaues darstellen.

Der Vorwärts-Redakteur Erwin Barth schreibt in seiner Broschüre „Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues" u. a.:

„Das Schauspiel, daß die Sozialisierung des Kohlenbergbaues von vielen als eine große Lohnbewegung aufgefaßt wird, steht deutlich zu befürchten. In der durch und durch kapitalistischen Umgebung und bei der davon moralisch infizierten Arbeiterschaft muß die Sozialisierung des Bergbaues ein Experiment bleiben, ein Experiment, das aller Wahrscheinlichkeit nach mit einem Fiasko endet. Die Sozialisierung kann in unserer Zeit nicht viel mehr als Verstaatlichung bedeuten. Verstaatlichung hat zurzeit immer die Gefahr zur Seite, Bürokratisierung zu werden."

Der bekannte Mehrheitssozialist Max Cohen äußert sich in seiner Schrift „Sozialismus und Sozialisierung" wie folgt:

„Sagt den Arbeitern meinetwegen, daß Ihr diese „Volkssozialisierung" der Lage der Dinge nach für das kleinere Uebel haltet, obwohl es, wie oben gezeigt, bessere Vorbereitungsstufen für künftigen Sozialismus gibt, aber sagt ihnen wenigstens das. Das ist um so nötiger, da Ihr, als Ihr in der Regierung saßet, selbst nicht einmal diese „Vollsozialisierung" wolltet, die schon vor 1½ Jahren (und zwar leichter als heute) durchzusetzen gewesen wäre. Um der Partei willen muß so gehandelt werden, damit die Massen, wenn sie von der „Vollsozialisierung" einmal enttäuscht sind, nicht mit grimmer Faust auf den Tisch schlagen und der Partei den Rücken kehren."

In der letzten Nummer der sozialistischen Rundschau „Der Firn" (Nr. 8 vom 15. Jan.) wird u. a. geschrieben:

„Eine „bunte Spiegelung" für die betrogenen Massen. Ist Sozialismus jetzt möglich? Nein! Was also dann? Anstatt die einzige vorliegende Möglichkeit, innerhalb der gegebenen politischen und gesetzgeberischen Grenzen dem Kapitalismus die Adlerfittiche zu binden, im übrigen aber mit ihm gemeinsam an den Aufbau der Wirtschaft zu gehen, den Verhältnissen entsprechend zu bejahen, vernehmen wir jenes zitterige und unsichere: Na ja, Sozialismus — das geht nicht, aber wie wäre es denn mit einer Sozialisierung? Sozialismus-Ersatz. Vorschuß auf den Zukunftsstaat. Oder rund heraus gesagt: den Massen, die man jahrzehntelang mit großen Worten gefüttert hat, (hinter denen nie Taten standen) eine bunte Spiegelung gezeigt."

Aufbauschule und deutsche Oberschule.

Der Reichsschulausschuß, der bekanntlich aus Vertretern der Unterrichtsverwaltungen der Länder gebildet wird, hat in einer Sondertagung in Weimar die Richtlinien für die Aufbauschule und die deutsche Oberschule beraten, die vom Reichsminister des Innern vorbereitet worden waren. Die Verhandlungen verfolgten den Zweck, einheitliche Grundlagen für die praktische Verwirklichung der beiden Schularten, die grundsätzlich bereits in der letzten Gesamttagung des Reichsschulausschusses beschlossen worden sind, zu finden. Das Ergebnis der Beratung wird nunmehr einem Kreis von Sachverständigen zur Stellungnahme vorgelegt werden.

Aus den Richtlinien greifen wir folgende Punkte heraus: Die Aufbauschule wird als verkürzte Form der zur Hochschulreife führenden höheren Schule versuchsweise zugelassen werden. Die Aufnahme in die Aufbauschule setzt die durch siebenjährigen Besuch der Volksschule zu erlangende Reife, sowie in der Regel den Abschluß des 7. Schulpflichtjahres voraus. Der Lehrgang der Aufbauschule umfaßt sechs Jahre. Die Aufbauschule hat grundsätzlich die gleichen Lehrziele, wie die entsprechend bestehenden und noch einzuführenden höheren Schulen. Die Reifezeugnisse der Aufbauschule gewähren die gleiche Berechtigung wie die Reifezeugnisse der entsprechenden höheren Schule. Die deutsche Oberschule vermittelt auf der Grundlage deutschen Bildungsgutes eine höhere Bildung, die hinsichtlich der erreichten Reife der durch andere höheren Schulen gebotenen gleichwertig ist. Die allgemein verbindlichen Fächer in der ersten Klasse der deutschen Oberschule sind Religion, Deutsch, Geschichte, Erdkunde, Mathematik, Naturkunde; dazu kommen mindestens eine fremde Sprache, Philosophie, Zeichnen und Kunstbetrachtung. Es bleibt im übrigen den praktischen Versuchen der einzelnen Länder überlassen, neben dem verstärkten Unterricht in Deutsch und Geschichte den Lehrplan durch besondere Pflege von Werksunterricht (Kunst, Musik), durch Staatsbürgerkunde, Volkswirtschaft, Biologie und Heimatkunde verschiedenartig auszugestalten. Zur freiwilligen Erlernung einer zweiten fremden Sprache muß Gelegenheit geboten werden. Die Reifeschiller der deutschen Oberschule sollen die gleichen Berechtigungen wie die des anderen höheren Schulen haben.

Lebensmittelpreise in Polen.

1 Liter Milch kostet mindestens 7,20 Mk.,
1 Pfund Butter kostet mindestens 57,00 Mk., d. h. Höchstpreis, dabei natürlich nicht zu haben,
1 Pfund Brot kostet mindestens 6,50 Mk., ab 1. 2. 100 Prozent Erhöhung,
1 Pfund Fleisch kostet mindestens 60,00 Mk.,
1 Pfund Zucker kostet mindestens 30,00 Mk.,
1 Zentner Kartoffeln kostet etwa 100,00 Mk.,
1 Zentner Kohle kostet etwa 180,00 Mk.,
1 Pfund Kaffee kostet 100,00 Mk.,
1 Schachtel Streichhölzer kostet 2,50 Mk.,
1 Zigarre kostet mindestens 9,00 Mk.,
1 Zigarette kostet mindestens 1,80 Mk.,
1 Glas Bier kostet mindestens 6,00 Mk.,
1 Straßenbahnfahrt kostet 3,00 Mk.,
1 Paar Stiefel kostet 2000 bis 3000 Mark.

Diese in Bromberg und Posen, den billigsten Großstädten Polens, geltenden Preise erfahren in Lodz und Warschau eine Erhöhung um das Doppelte und Dreifache. Mag der polnische Arbeiter auch 20 Mark in einer Stunde verdienen, er steht sich wesentlich schlechter als sein deutscher Kollege. Der schlechte Stand der polnischen Mark, der selbst von dem Netz der über das Land ausgebreiteten Devisenbanken nicht gebessert werden kann, verbietet von selbst die Einfuhr aller nicht unbedingt notwendigen Gegenstände, selbst die der Industrie Großpolens fehlenden 25 000 Tonnen Eisen werden nicht beschafft werden können. Im Groß- und Kleinhandel tritt ein steigernder Mangel an Ware zutage, der weiterhin verschärft wird durch die Tatsache, daß bis zum Abschluß eines vorläufigen Wirtschaftsabkommens von der deutschen Industrie keine Erzeugnisse nach Polen geliefert werden können.

Weitere Nachrichten.

— **Der erste Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses**, der mit der Aufklärung der Vorgänge, die zum Ausbruch des Weltkrieges führten, beauftragt ist, beschäftigte sich in einer Reihe von Sitzungen den militärischen Kräfteverhältnissen, wie sie vor Beginn der großen Kriege in Europa bestanden haben. Es wurden ausführliche Gutachten erstattet, im besonderen auch von Graf Montgelas. Ueber die Frage der militärischen Kräfteverhältnisse faßte der Ausschuß auf Grund seiner Erörterungen und der erstatteten Gutachten eine Entschließung, worin es u. a. heißt: Der Ausschuß hat auf Grund eingehender Prüfung der militärischen Kräfteverhältnisse Europas im Jahre 1914, wobei er auch die operativen Möglichkeiten berücksichtigte, festgestellt, daß die verbündeten Mächte, Rußland und Frankreich, den Mittelmächten mit einer militärischen Ueberlegenheit gegenüberstanden.

— **(Umgestaltung der Lehrerausbildung.)** Im Unterrichtsausschuß der preußischen Landesversammlung wurde auch eingehend die Frage der Lehrerausbildung behandelt. Dabei gab ein Regierungsvertreter, wie erst jetzt bekannt wird, die Erklärung ab, daß Erwägungen über die Umgestaltung der Lehrerausbildung schweben, aber noch nicht abgeschlossen sind. Sollten die angeregten Reformen zur Durchführung kommen, so werden, wie die „Deutsche Umschau" berichtet, voraussichtlich alle preußischen Lehrer- und Lehrerinnenseminare aufgelöst und nach Bedarf zugleich deutsche Oberschulen eingerichtet werden.

— **Die großlandwirtschaftliche Woche 1921** wird vom 26. Februar bis zum 5. März in Berlin stattfinden. Nicht weniger als 77 beträgt die Zahl, auf die der Plan der Sitzungen angewachsen ist. Hierin sind zwölf öffentliche Versammlungen, die am 2., 3. und 4. März abgehalten werden, sowie die Hauptversammlung enthalten, die am 5. März den Schluß bildet. In der Hauptversammlung bespricht Landesältester von Förster-Ottendorf die immer noch die Tagesordnung beherrschende Forderung der intensiven Wirtschaftsweise, und zwar von ihrer volkswirtschaftlichen wie auch privatwirtschaftlichen Seite. Die wichtige Frage des Einschlusses der Betriebsgrößen auf Bodenbearbeitung, Bodenbenutzung und Bodenproduktion wird im Anschluß daran Administrator Dr. Kuhn-Kummelpilz erörtern.

— **Streik bei der Mansfelder Gewerkschaft.** Sämtliche Belegschaften der Mansfelder Gewerkschaft haben die Arbeit niedergelegt. Die Verwaltung hatte ein Wachsystem eingeführt, um, wie sie mitteilte, verschiedentlich vorgekommenen Diebstählen und Spitzbübereien im Werke auf die Spur zu kommen. Mit der Behauptung, dieses Wachsystem bestehe aus Detektiven und Spitzeln, welche politische Gesinnungsschnüffeleien betreiben sollten, verlangten die Arbeiter die Abschaffung des Wachsystems. In Eisleben fand eine von 10 000 Arbeitern besuchte Versammlung statt, in deren Verlauf die Arbeiter von der Direktion eine sofortige Antwort auf ihre Forderung verlangten. Die Antwort konnte nicht erteilt werden, da der Generaldirektor der Gewerkschaft nach Westfalen, sein Stellvertreter nach Halle gereist war und die übrigen Direktoren sich nicht kompetent erklärten. Darauf legten sämtliche Bergarbeiter die Arbeit nieder.

— **Unsaubere Geschäfte.** Nach einer Meldung des Echo du Rhin aus Aachen ist am Sonntag an der deutsch-belgischen Grenze von der Grenzwache ein Auto angehalten worden, in dem sich der Direktor der Bank von Verviers, die in Aachen eine Zweigstelle unterhält, befand. Da die Papiere nicht in Ordnung waren, hat die deutsche Grenzwache den Direktor, den Sekretär und einen Schreiber festgenommen. Doch wurden sie wieder freigelassen, der Direktor nur gegen Stellung einer Kaution von einer Million, weil bedeutende Summen beschlagnahmt wurden, über die er keine Auskunft geben konnte. — Aus Hagenow wird berichtet: Am Freitag weilten hier Kriminalbeamte aus Berlin und Stettin und stellten Untersuchungen über die Schiebergeschäfte an, in die Beamte der Kreisbehörden verwickelt sind. Es handelt sich um umfangreiche Schiebungen von Zucker und Auslandsmehl. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen, darunter der Vorsitzende der Kreisbehörde Peters, ebenso der Kaufmann Plechahn aus Zarentin, der Mühlenbesitzer Lehner und der Hamburger Wettig.

— **Eine halbe Million erbeutet.** Ein kühner Banditenstreich wurde dieser Tage, wie das „B. T." meldet, in Libau verübt. In der Wohnung des Geldwechselers Lande im belebtesten Teil der Stadt, erschienen um die Mittagszeit in Abwesenheit des Wechselers vier als Polizisten verkleidete Banditen und durchsuchten die Wohnung nach falschem Geld, das angeblich von Lande verborgen sein sollte. Sie durchwühlten Schränke und Kommoden, ließen alle Kostbarketten, die sie fanden, unberührt und bemächtigten sich nur des baren Geldes, dann begaben sich die Räuber in die Schlafstube des Landeschen Ehepaares, rissen die Laken in Streifen und fesselten damit Frau Lande und vier Familienangehörige. Inzwischen erhielt die Familie Besuch von Bekannten, und auch die Neuangekommenen wurden auf diese Weise gefesselt, nachdem man ihnen die Brieftaschen geleert hatte. Durch drohend vorgehaltene Revolver hielt man die Verängstigten in Schach und drohte zu schießen, falls sie schreien sollten. Endlich kam Herr Lande mit seiner Schwester nach Hause. Auch sie wurden gefesselt und ausgeplündert. Dann verschwanden die Räuber, denen bei dieser tollen Köpenickiade etwa eine halbe Million baren Geldes in die Hände gefallen war. Die Gefesselten, zwanzig an der Zahl, befreiten sich aus ihren Banden und begaben sich auf die Polizei, um Anzeige zu erstatten.

— **Zweimal zum Tode verurteilt.** Der Brunnenbauer Wolf aus Senftenberg, der im April 1920 in Bobitz bei Lübbenau den Schlächter Schodler und den Roßschlächter Hennig aus Schöneberg (Oberlausitz) ermordet und beraubt hatte, wurde vom Kottbuser Schwurgericht wegen Mordes und Raubes zweimal zum Tode verurteilt.

— **Ein Eisenbahnunglück in Oesterreich.** Einer Zeitungskorrespondenz zufolge stießen Sonnabend früh in Felixdorf an der Südbahn zwei Züge zusammen, wobei mehrere Wagen zertrümmert wurden. Laut Mitteilung der Südbahndirektion sind fünf Reisende getötet, 16 schwer und eine größere Anzahl leicht verletzt worden.

— **Flucht aus dem Zuchthaus.** Im Zuchthaus in Brandenburg a. H., aus dem im vorigen Jahre eine ganze Anzahl Sträflinge ausgebrochen waren, sind noch immer keine ruhigen Zustände eingetreten. Von dem großen gemeinschaftlichen Arbeitsraum aus war wieder einmal ein Ausbruch geplant. Die Sträflinge hatten nach und nach die Eisenstäbe der Fenster durchsägt und Donnerstag gelang es sechs schweren Verbrechern, den Weg ins Freie zu finden. In Sträflingskleidern und ohne Kopfbedeckung durcheilten sie die Straßen Brandenburgs. Auf dem Marienberge in Brielow wurden fünf von ihnen wieder eingefangen, der sechste ist entkommen.

— **Durch Explosion eines Böllers** beim Freudenschießen am Polterabend sind zwei Männer in Allendorf bei Borgloh (Kreis Melle) tödlich verunglückt. Dem einen wurden durch auseinanderfliegende Eisenteile der Oberschenkel, die Brust und beide Hände zerschmettert, sodaß er gleich nach Einlieferung in das Krankenhaus in Melle starb. Der andere, dem ein Bein abgenommen werden mußte, dürfte vielleicht mit dem Leben davonkommen.

— **Zwei Raubmörder hingerichtet.** Die durch das Volksgericht in Memmingen zum Tode verurteilten Raubmörder, der Käser Satrk und der Schuhmacher Bosch, die im November 1920 den 75jährigen Rentner Herzog ermordeten und beraubten, sind, einer Meldung aus Augsburg zufolge, nachdem der bayerische Ministerrat die Todesurteile bestätigt hatte, in der Nähe von Kempten auf freiem Felde hingerichtet worden.

— **Banditenunwesen.** In Trabentrarbach an der Mosel drangen in der vergangenen Nacht drei maskierte Männer in das Postamt und raubten 180 000 Mark in bar und Postwertzeichen. Der anwesende Nachtwächter wurde durch Drohungen in Schach gehalten. — Sechs bewaffnete Banditen überfielen in Cabovee das Geschäftshaus eines deutschen Kaufmannes und plünderten es aus. Es fielen ihnen 18 500 Mark in bar und für 20 000 Mark Ware in die Hände. Die hinzuströmende größere Menschenmasse wagte nicht, gegen die Banditen vorzugehen, die unbehelligt entkamen.

— **Griechische Delegierte von türkischen Piraten massakriert.** Nach einer Radiomeldung aus London berichtet „Daily Herald" aus Athen, daß drei Delegierte der griechischen sozialistischen Partei, die jüngst Moskau besuchten, umgekommen seien. Das Schiff, auf dem sie zurückkehren wollten, wurde im Schwarzen Meer von türkischen Piraten gekapert und die Delegierten massakriert.

Die Londoner Konferenz am 1. März.

(TU) **London**, 8. Febr. Wie Reuter meldet, ist der Beginn der Londoner Konferenz auf den ersten März angesetzt worden. Die deutsche Regierung wird offiziell eingeladen werden, Vertreter zu entsenden.

Wilson will nach London reisen.

(TU) **London**, 8. Febr. Nach dem Evening Standard wird Wilson eine Reise nach London unternehmen, sobald sein Mandat erloschen ist. Er beabsichtigt, einen Monat in London zu bleiben.

Der bayerische Ministerrat verschoben.

(TU) **München**, 8. Febr. Der zu gestern nachmittag angesetzte bayerische Ministerrat, in dem der bayerische Ministerpräsident Dr. v. Kahr seinen Bericht über den Verlauf der Berliner Ministerkonferenz mit der Reichsregierung erstatten wollte, ist verschoben worden. Es steht noch nicht genau fest, wann nunmehr der Ministerrat zusammentritt, aller Voraussicht nach aber heute (Dienstag) vormittag. Die Verschiebung der Sitzung erfolgte wegen der Abwesenheit eines Ministerratsmitgliedes. Wie die TU. erfährt, konnte in Berlin der Ministerpräsident Dr. v. Kahr, der auf Grund des Ministerratsbeschlusses und der Besprechungen mit den Fraktionsführern der Koalitionsparteien den bayerischen Standpunkt vertrat, keine Einigung erzielt werden, da die Reichsregierung die Ansicht vertrat, daß in der Entwaffnungsfrage nachgegeben werden müsse, während die bayerische Regierung der Meinung ist, daß zunächst die Londoner Konferenz abgewartet und festgestellt werden solle, was dort zunächst nicht nur in der Entwaffnungs-, sondern auch in der Reparationsfrage zu erreichen sei. Im Ministerrat wird v. Kahr über seine grundsätzliche Haltung Bericht erstatten. Dann werden auch Besprechungen seitens der Koalitionsparteien des Landtages stattfinden, die dann ihrerseits wieder zu der Sachlage Stellung zu nehmen haben.

Kleine Nachrichten.

Wie die „München-Augsburger Abendztg." meldet, wurde in der Nacht zum Sonntag das französische Konsulatsschild, das an einem Hause in der Steinsdorfer Straße angebracht ist, in dem sich das Konsulat befindet, durch Hammerschläge zertrümmert. Die Täter sind nicht ermittelt worden.

Der bisherige Vertreter Rußlands in Berlin, Wigbar Kopp, ist endgültig abberufen worden. Er wird durch einen Bruder Krassins ersetzt werden.

Der österreichische Gesandtschaftsposten in Berlin wurde dem früheren Minister des Aeußeren Grafen Czernin angeboten. Dieser hat sich Bedenkzeit erbeten.

Nach der Vossischen Zeitung ist dem bisherigen Inspektor der Schutzpolizei Geh. Reg.-Rat von Priesdorff seine Stellung zum 1. 5. gekündigt worden. In dem Kündigungsschreiben des Ministers des Innern Severing wird es als erforderlich bezeichnet, aus Sparsamkeitsgründen v. Priesdorff wird gegen diese Kündigung Einspruch erheben.

In einer im Hamburger Gewerkschaftshause abgehaltenen Versammlung der Konfektionsschneider wurde beschlossen, in sämtlichen Betrieben der Herren- und Knabenkonfektion, soweit sie dem Arbeitgeberverband angehören, die Arbeit niederzulegen. Der Streik, der zur Durchsetzung des neuen Reichstarifes geführt werden soll, wird sich über sämtliche Konfektionsorte des Reiches erstrecken. Nach den Angaben des Vorsitzenden werden mehr als 30 000 in der Konfektion beschäftigte Schneider und Schneiderinnen die Arbeit niederlegen.

Ein im Saargebiet ausgebrochener Buchdruckerstreik, der sich auch auf die Buchbinder und Hilfsarbeiter ausgedehnt hat, hat zur Folge, daß im ganzen Saargebiet keine Zeitung erscheint.

Nach einer Meldung aus Offenbach sind nach dem Bericht des Stadtschulrates in den Offenbacher Volksschulen 42% der Kinder unterernährt, in den höheren Schulen 31%. Direkt krank waren 39% in den Volksschulen und 25% in den höheren Schulen. Zusammenfassend ist bei 40% der Volksschulkinder der Gesundheitszustand für gefährdet erklärt.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 9. Februar. **(Wirtschaftliche Vereinigung der Kriegsbeschädigten.)** In der am 6. d. M. vom 1. Vorsitzenden Kameraden E. Beller eröffneten und geleiteten Versammlung wurde für die am 10. d. M. vom Versorgungsamt Soest einberufene Versammlung der amtlichen Fürsorgen und sämtlichen Kriegsbeschädigten-Vereinigungen des Kreises Kamerad Goerigk als Vertreter hiesiger Ortsgruppe gewählt. Der Beitrag zur Interessengemeinschaft in Höhe von 10 Mark wurde bewilligt. Die noch vorhandenen Blumen wurden für das am 12. Juni zu veranstaltende Wohltätigkeitsfest dem Ausschuß zur Verfügung gestellt. Die in voriger Versammlung zurückgestellte Wahl der Kassenprüfer, Bezirkskassierer, Saalordner und Theaterkommission ergab: Kassenprüfer: Kameraden Karl Edelmann und Wilh. Kühling; Bezirkskassierer: Kam. Fritz Schneider, Heinr. Glas, Wilh. John, Fritz Thiel, Fritz Meriens und Reinhold Zimmer; Saalordner: Kam. Emil Walter, Fritz Schneider, Karl Edelmann, Wilh. Hilbt, Wilh. Emminghaus und Karl Lehmkühler; Theaterkommission: Kam. Heinr. Glas und Fritz Schneider. Beschlossen wurde, am 13. März einen Theaterabend mit Ball zu veranstalten. Die von Herrn Biermann geforderte Saalmiete von 100 Mark für Versammlungen wurde abgelehnt und dafür das von Herrn Leonhard Rieder in zuvorkommender Weise gratis zur Verfügung gestellte Lokal als Vereinslokal gewählt. Die nächste Versammlung findet demnach bei Herrn Rieder, Markt, statt. Näheres wird durch die Zeitung bekanntgegeben. Da die Beiträge für das 1. Vierteljahr bis zum 1. März gezahlt sein müssen, werden die Bezirkskassierer ersucht, die hierfür in Frage kommenden Bücher baldmöglichst beim 1. Kassierer Fritz Thiel, Wernerstraße 16, abzuholen. Nachdem noch verschiedene kleinere Sachen erledigt waren, schloß der 1. Vorsitzende mit dem Wunsch, daß die nächste Versammlung, welche von beiden Abteilungen gemeinsam abgehalten wird, besser besucht sein möge, als alle bisherigen, die Versammlung.

Kamen, 9. Febr. **(Kath. Männer-Gesang-Verein.)** Der Verein hielt am Donnerstag abend seine diesjährige Generalversammlung ab, welche sehr zahlreich besucht war und vom 2. Vorsitzenden Herrn Paul Uhrmeister um 8.30 Uhr eröffnet wurde. Aus der Tagesordnung sei besonders hervorgehoben, daß der ausscheidende 2. Vorsitzende wiedergewählt und als 1. Vorsitzender der Kaufmann Hans Dolle neu gewählt wurde. Ferner wurde über die 40jährige Jubelfeier, die der Verein in diesem Jahre begeht, beraten und beschlossen, dieses Fest am Sonntag, den 26. Juni d. J., unter Beteiligung hiesiger und auswärtiger Gesangvereine im großen Stile zu feiern. Dem Fest soll ein Kommersabend vorausgehen mit gleichzeitiger Ehrung der Jubilare. Es wurde ein Festausschuß von 8 Sangesbrüdern gewählt, welcher die weitere Ausarbeitung eines Festprogramms beraten und dem Verein baldigst vorlegen soll. Unter Punkt Verschiedenes wurde aus der Mitte des Vereins angeregt, außer dem üblichen jährlichen Familienausflug ohne Kinder in Zukunft in jedem Jahr eine große Kinderbelustigung zu veranstalten. Diese Anregung fand allgemein großen Beifall. Zum Schlusse ermahnte der 1. Vorsitzende die Sänger, in Zukunft recht eifrig und mit Interesse die Gesangstunden zu besuchen, den deutschen Gesang zu pflegen und auch fernerhin hierdurch zum Wachsen, Blühen und Gedeihen des Vereins beizutragen und schloß die Versammlung mit einem kräftigen „Gut Sang".

Kamen 9. Febr. **Der Turnverein „Eintracht"-Kamen** hielt am 2. d. M. seine erste gut besuchte Generalversammlung im Vereinslokale W. Reinhardt ab. Der Vorsitzende Herr Karl Bleidick eröffnete und leitete die Versammlung. Dann wurden die Protokolle verlesen, gegen deren Fassung sich nichts zu erinnern fand. So schritt man zu der Tagesordnung, als 1. Punkt Jahresbericht. Der Verein erledigte seine Geschäfte im Jahre 1920 in 8 Vorstandssitzungen, 6 Generalversammlungen. Oeffentlich aufgetreten ist der Verein viermal, Kränzchen, Theater, und Stiftungsfest, außerdem ein Familienausflug. Der Verein verlor 2 treue Mitglieder durch Tod: die Herren Ludwig Knieper und Heinrich Sudhaus. Hier bat der Vorsitzende die Anwesenden, zu Ehren der verstorbenen Ehrenmitglieder und Mitbegründer des Vereins, sich von ihren Sitzen zu erheben. Die Rechnungslage gab der Geldwart Otto Nuhlsbier. Da die Kasse von den Revisoren geprüft und in bester Ordnung befunden war, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Festsetzung der Festlichkeiten ergab folgendes: Theater und Ball am 6. März. Zur Aufführung gelangt: „Der Meineidbauer", Volksstück in 3 Aufzügen, Familienausflug Himmelfahrt nach Jackenkroll, Turnfest am 7. Aug. mit Bundesvereinen. Dann berichtete der Vorsitzende den Verlauf der Bundesversammlung. Für die gefallenen Turner soll eine Gedenktafel in Marmor hergestellt werden. Da unter Vereinsangelegenheiten nichts weiter zu erledigen war und sich keiner mehr zum Wort meldete, wurde die Versammlung geschlossen. — Gut Heil!

Kaiserau, 9. Febr. **(Alt-Heidelberg.)** Der Dilettanten-Verein Kaiserau gab am Sonntag, 30. Januar, eine Wiederholung des vorher mit Beifall aufgenommenen Theaterstückes „Alt-Heidelberg". Auch diese zweite Aufführung stand, wie uns ein Besucher schreibt, auf anerkannter Höhe. Sämtliche Akte wurden gut, teilweise sehr gut, gegeben, abgesehen von dem Spiel zweier Studenten im 2. und einigen Sprachfehlern im 4. Akt. Spieler Lutz ist an erster Stelle zu nennen, hier war von Dilettantismus nichts mehr zu sehen. Die Rolle des Karl Heinz war gut durchgearbeitet, desgleichen die des Kellermann und des Dr. Jüttner. Natürliches Spiel und echte Auffassung lag der Wiedergabe dieser Rollen zugrunde. Nicht vergessen darf Käthi werden, die sich sicherlich gut für Singrollen eignet. Warum kann man das Rauchen nicht unterlassen? Erfordert die Rücksichtnahme auf andere nicht die Ablage der Kopfbedeckung? Hier muß Wandel geschaffen werden. Der Dilettanten-Verein möge sich aber weiter ausbilden, denn was er bisher leistete, ist lobenswert und geht weit über den Rahmen der Leistungen eines Dilettanten-Vereins hinaus. Darum frisch ans Werk!

Konzert, Theater 2c.

Kaiserau-Methler, 9. Febr. **(Theater-Wettstreit.)** Da die Theaterkunst in der hiesigen Umgegend immer mehr gepflegt wird und sich immerzu neue Theater-Vereine bilden, ist es wohl angebracht, einen 2-Klassen-Wettstreit zu veranstalten. Hier können die teilnehmenden Vereine wetteifern um die Palme des Sieges. Der Gastwirt Heinr. Sorge veranstaltet am 2. und 3. April in seinem renovierten Saale mit neuangelegter Bühne einen großen 2-Klassen-Theater-Wettstreit (Singspiel und Charakterstücke). Es kommen folgende Vereine in Betracht: Dilettanten-Verein „Frohsinn"-Kaiserau, Theaterklub „Edelweiß"-Kaiserau, Dilettanten-Verein „Alt-Heidelberg"-Husen-Kurl, Dilettanten-Verein „Freie Bühne"-Wasserkurl, und der Dilettanten-Verein „Lohengrin"-Breiten. Es sind nur Geldpreise ausgesetzt und zwar 2 Herren-, 2 Damen- und 2 Kinderpreise in jeder Klasse. Delegiertentag ist am 27. Februar, morgens 10 Uhr, im Lokale des Herrn Heinr. Sorge zu Methler. — Näheres wird von den Vorständen der Dilettanten-Vereine und in dieser Zeitung bekanntgegeben.

Lacto-Rührei-Pulver

Nahrhaft, bekömmlich, wohlschmeckend!
Bestgeeignet zur Zubereitung von Rührei, Eier- und Pfannkuchen, Omeletten, Suppen, Saucen, Mayonnaisen, Kuchen und Gebäck, Eis, Creme, Pudding usw.
Alleinhersteller: LACTOWERK WORMS-HORCHHEIM. 95



Nachruf.

Im fast vollendeten 32. Lebensjahre starb nach kurzer Krankheit die während zweier Jahre im hiesigen Krankenhause tätig gewesene

Schwester

Friederike Vocke.

Sie war uns eine liebe, fleissige Mitarbeiterin und hat ihren schweren Beruf mit seltener treuer Hingabe voll und ganz erfüllt.

Nicht allein bei uns, sondern auch bei allen Kranken, denen die nunmehr Heimgegangene ihre liebevolle Pflege angedeihen lassen durfte, ist ihr ein bleibendes, ehrendes Andenken gesichert.

Kamen, den 8. Februar 1921.

Das Kuratorium
des evang. Krankenhauses, Hellmig-Stiftung
661 gez. Dr. Wiesner.

Kautabak
von Grimm & Triepel
Nordhausen
in Güte unerreicht.
Hans Dolle,
Tabakwaren-Großhandlung,
Fernruf 2 Kamen Markt 16.
429

Elektrotechn. Installationsgeschäft
Carl Fluhme
Telephon 198 Bergkamen

Elektr. Licht- und Kraftanlagen
Elektro-Motore in jeder Spannung und Stärke ab Lager oder sofort ab Fabrik lieferbar.
— Fabrikat Siemens-Schuckert. —
Sämtliche Beleuchtungskörper und Ersatzteile Osram- u. Wotan-Birnen von 10-4000 K ab Lager
Motore können im Betrieb vorgeführt werden.

Konzessioniert b. Städt. E.-W. Dortmd., Verbands-Elk.-Werk Dortmd., Städtischem E.-W. Kamen. 438

Persil
persil — persil
wäscht schneeweiß,
ersetzt Rasenbleiche,
schont und erhält die Wäsche,
spart Arbeit
Seife u. Kohlen.
Bestes selbsttätiges
Waschmittel
Preis Mk. 4.— das Paket.
Henkel & Cie., Düsseldorf.

Reparaturen
an
Automobilen, Motorrädern und Elektromotoren
werden prompt ausgeführt von fachkundigen Monteuren, mit langjährigen Erfahrungen, durch die
509 Westdeutsche
Elektro- und Auto-Industrie
Karrenberg & Klicks
Fernruf 466 Unna Büro: Burgstr. 30.
Reparatur-Werkstatt: früher Rasche-Brauerei, Morgenstrasse.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
Rubirol Schachtel Mk. 3.-
Germania-Drogerie H. Jacobi. 532

Sichere Existenz
Rhein. Fabr. f. strebsame Person für dortige Bezirksfiliale, einige Std. Tätigkeit tägl. genügen. Ort u. Beruf gl. (kostenlos). Angeb. unter Dr. L. 633 an Rudolf Mosse, Düsseldorf. 655

Ich beehre mich hiermit anzuzeigen, daß ich ab 10. Februar 1921 in
Husen
„Gasthof zum Deutschen Kaiser"
Wilhelmstr. 73-75
bei Herrn E. Henkel eine Filiale meiner Zahnpraxis in Dortmund eröffnen werde.
Halte vorläufig jeden
Dienstag u. Freitag von 1/2 3-6 1/2 Uhr Sprechstunden für Zahnkranke ab.
Zahnpraxis
Ernst Luchésig,
DORTMUND, Brückstr. 53,
636 neben Hotel Lindenhof, Tel. 3073.

100 000 Mark
Betriebskapital und Darlehen 588
auch in kleineren Beträgen von Selbstgeber mit Ratenrückzahlung sofort auszuleihen durch
Büsselberg & Linnemann
Abt. Finanzen
Dortmund, Gerberstr. 3-5
Rückporto erbeten.

Reinigen Färben
Umpressen
von alten Hüten 97
schnell und sehr billig.
E. Wette, Kamen,
Bahnhofstrasse 55.

Fr. Brinkmann
begl. Vertreter von
Pastor Felkes Heilweise
Unna, Bahnhofstraße 49
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 9 bis 6 Uhr. 77

Für mein Kolonialwaren-Geschäft wird zum baldigen Eintritt ein 635
Laufbursche
gesucht.
H. Stövesand,
Heeren bei Kamen.
Fernruf 178.

Habe meine Praxis nach Dortmund, Friedrichstr. 1, gleich an der Rheinischen Strasse verlegt. 489
Zahnpraxis Max Döller, Telephon Nr. 2275.
— Fahrt wird voll vergütet. —

Zum 1. März eine tüchtige
Verkäuferin
gesucht. 654
Gebr. Sirringhaus.
Anmeldungen Hammerstr. 194 erbeten.

Welcher Bergmann tauscht
eine Wohnung von 3 bis 4 Zimmern nebst Keller u. Stallung gegen 6 Zimmer-Wohnung nebst Keller, Stallung und Gartenland in Kamen oder Umgegend um. p656
Zu erfr. in der Geschst.

Bekanntmachung.

Die Prüfung der Kreiswahlvorschläge für die Wahlen zum Preußischen Landtage am 20. Februar 1921 im 17. Wahlkreis und der Verbindung von Kreiswahlvorschlägen innerhalb des Wahlkreisverbandes VII sowie die Entscheidung über die Zulassung und Verbindung dieser Wahlvorschläge (§ 38 ff. der Landeswahlordnung vom 10. 12. 1920, G.-S. S. 571) durch den Wahlausschuß des 17. Wahlkreises bezw. den Verbandswahlenausschuß des Wahlkreisverbandes VII erfolgt am

Dienstag, den 8. Februar 1921,
mittags 12 Uhr

im Sitzungssaale des Bezirksausschusses zu Minden (Regierung) in öffentlicher Sitzung.

Minden, den 27. Januar 1921.

Der Kreiswahlleiter
für den Wahlkreis 17 Westfalen Nord und der Verbandswahlleiter für den Wahlkreisverband VII Westfalen:
von Bergen.

Zwangs-Versteigerung.

Donnerstag, den 10. d. Mts., vorm. 9 Uhr, werde ich im Pfandlokal des Wirts Rieder, hier
1 Sofa
mit Plüschbezug
öffentlich, meistbietend, gegen Barzahlung versteigern. 659
Kamen, 8. Febr. 1921.
Falley,
Gerichtsvollzieher.

Visitenkarten
in jeder Ausführung
liefert schnell und preiswert
Kamener Zeitung,
Weststrasse 10.

Elektrotechniker sucht
möbl. Zimmer
auf sofort. p657
Angeb. an die Geschst. dieser Ztg. unt. Nr. 657.

100 Mk. Belohnung
demjenigen, der mir meine grau gesprenkelte Legehenne wiederbringen kann oder den Täter nennen kann.
Gustav Tomes,
650 Gottesbergstr. 3.

Ia. 658
Runkeln
wieder eingetroffen.
W. Neff,
Bahnhofstraße 23,
Telephon 122.

Alte
Geige
zu verkaufen. p642
Lehrer Böhm,
Südkamen.

Hund
zu verkaufen. 652
Bergkamen,
Kirdorfstraße 16.

Lehrling
gesucht, mit guter Schulbildung und schöner Handschrift. 653
Brüning,
Rechtsanwalt und Notar.

Elektromonteur sucht für die Zeit der hier auszuführenden elktr. Arbeiten ein möbliertes 650
Zimmer
mit voller Pension.
Angebote unt. Nr. 650 an die Geschst. dies. Ztg.

Weitere Nachrichten.

— **In der Schweizer Volksabstimmung** wurde ein Initiativbegehren der sozialistischen Partei auf Abschaffung der militärischen Gerichtsbarkeit mit rund 387 000 gegen 193 000 Stimmen und mit 19 gegen 3 Kantone abgelehnt. Ein zweites Initiativbegehren, wonach künftig die Verträge der Schweiz mit anderen Staaten der Volksabstimmung unterbreitet werden sollen, sobald es 30 000 Schweizer Bürger oder 8 Kantone fordern, wurde mit 284 000 gegen 159 000 Stimmen und mit 20 gegen 2 Kantone angenommen.

— **(Französische Erwerbungen im Saargebiet.)** Wie aus zuverlässiger Quelle berichtet wird, haben die Franzosen im Saargebiet und in den dazu gehörenden Teilen der Rheinpfalz bisher über 1200 Wohngebäude und Fabriken käuflich erworben. In jüngster Zeit haben französische Großindustrielle wiederum bedeutende Ländereien und Grundstücke in der Gegend von Saarbrücken gekauft, so daß die Fränzösierung des Saargebiets beständig Fortschritte macht.

— **Feierschichten im Maas-Münster-Tal.** Im Maas-Münster-Tal sah sich die Firma Berger, André & Co. gezwungen, in ihrem Betrieb die 40stündige Arbeitszeit einzuführen. Den zum Feiern gezwungenen Arbeitern werden 25% des Lohnes und der Teuerungszulage gewährt. Auch in Elsaß-Lothringen greift die Industriekrisis weiter um sich.

— **Der Deutsche Hochschulring,** der Zusammenschluß aller völkisch-national denkenden Studierenden auf deutschen Hochschulen, fordert angesichts des ungeheuren Ernstes der durch die Pariser Beschlüsse geschaffenen Lage die ihm angeschlossenen studentischen Verbindungen und Vereine auf, in nächster Zeit alle Festlichkeiten und Vergnügungen einzustellen.

Die Aufgaben des Reichs- und Staatskommissars.

Die Regierung teilt mit: Ueber die Tätigkeit und die Befugnisse des Reichs- und Staatskommissars, als welcher bekanntlich im vorigen Sommer Mehlich mit dem Amtssitz in Dortmund ernannt worden ist, herrschen vielfach noch Unklarheiten. Der Reichs- und Staatskommissar ist ernannt für die Provinz Westfalen und den unbesetzten Teil des Regierungsbezirks Düsseldorf. Sein Amtsbezirk umfaßt also das ganze Gebiet der rheinisch-westfälischen Kohlen- und Eisenindustrie. Seine Aufgaben sind: Die Durchführung von Einigungs- und Schiedsgerichtsverfahren zur Sicherung des Wirtschaftslebens gegen alle Störungen durch Arbeitseinstellungen, Aussperrungen usw. Dann ist ihm die wichtige Beratung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beim Abschluß von Tarifverträgen übertragen. Auch in diesen Verhandlungen kann der Kommissar die Durchführung des Einigungs- und Schiedsverfahrens übernehmen. In zweiter Linie liegt dem Reichskommissar die Behandlung aller Fragen ob, die sich auf die Steigerung der Erzeugung, insbesondere der Kohlenförderung durch Ueberschichten, bessere Ernährung usw. beziehen. Hier hat er besonders die Kontrolle der ordnungsgemäßen Verteilung der Ueberschichtenzulagen zu übernehmen. Endlich ist er zuständig für die Beratungen der Betriebsräte. Nach neueren Anordnungen bildet der Reichskommissar, soweit ihm die Durchführung von Schlichtungsverfahren übertragen ist, eine abgezweigte Dienststelle des Reichsarbeitsministeriums. Schlichtungsbehörden und Demobilmachungskommissare haben ihm mit ihm wichtige Fälle von Arbeitsstreitigkeiten zur Kenntnis zu bringen. Er kann die Durchführung des Schiedsverfahrens selbst in die Hand nehmen, und in diesem Falle treten alle anderen Stellen, die eine schlichtende Tätigkeit auszuüben berufen sind, zurück. Polizeiliche Schritte, Einsetzen der technischen Nothilfe und ähnliche Maßnahmen der inneren Verwaltung werden in Arbeitsstreitigkeiten, bei denen der Reichs- und Staatskommissar das Schlichtungsverfahren selbst in die Hand genommen hat, möglichst nur im Benehmen oder wenigstens unter Mitteilung an ihn vorgenommen, damit durch derartige Eingriffe der Erfolg des Schlichtungsverfahrens nicht etwa gefährdet wird.

(Eingesandt.)

Kamen, 8. Febr. (Die Aussichten des technischen Berufes.) Wieder naht ein neues Sommersemester und Tausende junger Leute, die die Schule verlassen, stehen vor der schwierigen Frage der Berufswahl. Die Berufsberatungsstellen sollten es als ihre erste Pflicht betrachten, die jungen Leute darauf aufmerksam zu machen, daß augenblicklich und wohl für lange Zeit die Aussichten des technischen Berufes nichts weniger als rosig sind. Wir stehen noch immer in einer der schlimmsten Wirtschaftskrisen, die es je gegeben hat. Betriebsabbrüche, Betriebsstillegungen und Kurzarbeit haben eine große Zahl von Technikern arbeitslos gemacht. Wenn die technischen Hochschulen im vergangenen Sommersemester 2000 Studierende zählten, wenn sich an den privaten technischen Lehranstalten mehr als 10 000 Schüler, an den staatlichen Schulen mindestens ebensoviel befanden, dann muß jedermann, der ein Herz für die Jugend und ein Verantwortungsgefühl für die Volkswirtschaft hat, in banger Sorge fragen, was dieses Heer von Technikern nach Beendigung seines Studiums beginnen soll. Die durch den Krieg geschwächte Industrie, ebenso das Baugewerbe kann unmöglich diese ungeheure Schar von Stellungsuchenden aufnehmen, und so ist eine noch nie dagewesene Arbeitslosigkeit in sämtlichen technischen Berufszweigen zu befürchten. Wer heute das technische Studium ergreift, muß es auf die Gefahr hin tun, Zeit, Geld und Hoffnungen nutzlos geopfert zu haben.